

## Anfragen zum Plenum in der 9. Kalenderwoche

### Verzeichnis der Fragenden mit Fragen (alphabetisch)

**Horst Arnold**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, ist den bayerischen Behörden bekannt, dass die Anwendung des Aufgussmittels Butox bei Rindern (bei einer oralen Aufnahme in der Herde) zu Vergiftungserscheinungen führen kann, die den Krankheitssymptomen der Blauzungkrankheit sehr ähnlich sind und es infolgedessen leicht zu Verwechslungen kommen kann, werden bei der Ausweisung von Sperrgebieten echte Krankheitsfälle oder nur Routinetests (Nachweis von Erregern bzw. Antikörpern, welche auch durch Impfmaßnahmen entstehen können) zugrunde gelegt und wird seitens der Staatsregierung geprüft, ob die Schäden der derzeitigen Zwangsmaßnahmen für die Landwirtschaft nicht höher sind, als das Vorhandensein von Antikörpern in Rindern ohne ein Anzeichen einer Erkrankung?

**Johannes Becher**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, hat sie Erkenntnisse, wie viele EU-Ausländerinnen und EU-Ausländer seit 1996 im Freistaat Bayern in Kommunalparlamente gewählt wurden (bitte aufgeschlüsselt nach Regierungsbezirken, Staatsangehörigkeit und Kommunalwahl), wie viele EU-Ausländerinnen und EU-Ausländer aktuell im Freistaat Bayern auf Gemeinde- und Landkreisebene in Kommunalparlamente gewählt sind (bitte aufgeschlüsselt nach Regierungsbezirken und Staatsangehörigkeit) und wie viele davon britische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger sind (bitte aufgeschlüsselt nach Regierungsbezirken und Staatsangehörigkeit)?

**Florian von Brunn**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, bei wie vielen Vorhaben wurden in Bayern in den Jahren 2017 und 2018 Umweltverträglichkeitsprüfungen durchgeführt (bitte getrennt nach Jahr ausweisen), bei wie vielen Vorhaben wurde in diesen beiden Jahren eine (allgemeine oder standortbezogene) Vorprüfung nach dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt, und in wie vielen Fällen führten die o. g. Vorprüfungen im genannten Zeitraum zu einer Verpflichtung zur Durchführung bzw. zu einer tatsächlichen Umweltverträglichkeitsprüfung?

**Dr. Markus Büchler**  
(BÜNDNIS 90/DIE

Angesichts der Äußerung des technischen Leiters des Reaktors in der „Süddeutschen Zeitung“ vom 11.02.2019, wonach bei der

GRÜNEN)

aktuellen Beantragung einer gehobenen Erlaubnis zur Einleitung radioaktiver Abwässer für 30 Jahre die Zeit des Rückbaus bereits einkalkuliert sei, frage ich die Staatsregierung, für welches Jahr die Technische Universität München (TUM) die Außerbetriebnahme des Reaktors FRM II plant und für welchen Zeitraum der Rückbau geplant wird?

**Kerstin Celina**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, ob sie der Meinung ist, dass angesichts der steigenden Beliebtheit von Tattoos und angesichts der steigenden Anzahl von Tätowierstudios die wissenschaftliche Erforschung der auf dem Markt erhältlichen Tätowiermittel auf möglicherweise gesundheitsgefährdende Inhaltsstoffe ausgeweitet werden sollte, was geschehen ist, seitdem die Bundesregierung vom Bundesrat im Jahre 2012 aufgefordert worden ist, zeitnah eine Anpassung der Tätowiermittelverordnung an die erweiterten Empfehlungen des Europarates (ResAP(2008)1) vorzunehmen und ob die Erstellung einer Positivliste für Tätowiermittel im Sinne der EU-Kosmetik-Verordnung, die Einführung eines Nickelverbots in Tätowiermitteln sowie die Durchführung einer bundesweiten Präventionskampagne zur Aufklärung der Verbraucherinnen und Verbraucher dazu beitragen könnten, Gesundheitsgefährdungen der Verbraucherinnen und Verbraucher zu verhindern?

**Maximilian Deisenhofer**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, in welcher Höhe beantragten jeweils die Gemeinden bzw. Landkreise als Sachaufwandsträger und die Träger von staatlich genehmigten und staatlich anerkannten privaten Schulen eine Förderung aus dem Digitalbudget für die IT-Ausstattung für welche Schulen und wie hoch ist das Budget für die zeitgemäße Einrichtung integrierter Fachunterrichtsräume an berufsqualifizierenden Schulen?

**Gülseren Demirel**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Schwangere und Mütter wurden 2018 und 2019 in die Abschiebegefängnisse in Bayern untergebracht (bitte Orte und Zahlen monatlich auflisten), wie viele dieser Frauen wurden wieder entlassen und nicht abgeschoben, wie ist die Versorgung (Ernährung, Medizin etc.) und Betreuung (Zugang von sozialen Beratungskräften, Frauenärzten und Hebammen) von Schwangeren und Müttern in den Abschiebegefängnissen in Bayern?

**Matthias Fischbach**  
(FDP)

Nachdem bereits im Vorfeld des bayerischen Förderprogramms „Digitales Klassenzimmer“ Unklarheiten darüber bestanden, welche Maßnahmen in den einzelnen Schulen letztendlich gefördert werden können, frage ich die Staatsregierung, durch welche Maßnahmen sie beabsichtigt, den Schulträgern in Bayern die Antragstellung auf Mittel aus dem „DigitalPakt Schule“ möglichst leicht zu gestalten (bitte dabei im Besonderen auf Informationsmöglichkeiten für die Schulträger eingehen und Verhinderung von Bürokratie durch doppelte Antragstellungen, z. B. zum Programm „Digitales Klassenzimmer“, darlegen), wie die Mittel aus dem DigitalPakt in Bayern im Jahr 2019 auf die einzelnen Regierungsbezirke aufgeteilt werden (bitte unter Nennung der jeweiligen

Mittelhöhe) und bis wann sie zusätzliche Maßnahmen im Bereich Qualifizierung von Lehrkräften und Sicherstellung von Betrieb, Support und Wartung umsetzen möchte (bitte auch hier unter Nennung von geplanten Programmen und Mitteln)?

**Christian Flisek**  
(SPD)

Im Hinblick auf den Tenor 1.b des Beschlusses des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) vom 18.12.2018 Az. 1 BvR 142/15 „Kfz-Kennzeichenkontrollen 2“, wonach Art. 13 Abs. 1 Nr. 5 Polizeiaufgabengesetz (PAG) mit Art. 71, 73 Abs. 1 Nr. 5 Grundgesetz (GG) unvereinbar und nichtig ist, soweit er die Identitätsfeststellung zur Verhütung und Unterbindung der unerlaubten Überschreitung der Landesgrenze vorsieht, frage ich die Staatsregierung, wie viele Kontrollen es in Bayern gestützt auf diesen Zweck der Schleierfahndung seit dem 01.08.2018 gegeben hat, wenn ja, wie viele dieser Kontrollen insbesondere von der Bayerischen Grenzpolizei vorgenommen worden sind und wann die Staatsregierung im Bayern.Recht veranlasst, dass bei Art. 13 Abs. 1 Nr. 5 PAG der Hinweis oder die Fußnote aufgenommen wird, dass die Identitätsfeststellung zur Verhütung oder Unterbindung der unerlaubten Überschreitung der Landesgrenze mit Beschluss BVerfG vom 18.12.2018 Az. 1 BvR 142/15 nichtig ist?

**Patrick Friedl**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, hält sie an den Projekten „Eichenzentrum“ (meines Wissens nur 500.000 Euro Planungsmittel veranschlagt) und „Bischborner Hof“ (meines Wissens keine Haushaltsmittel veranschlagt) umfassend fest – wenn nicht, gibt es alternative Überlegungen (z. B. im Jagdschloss Luitpoldhöhe) und welche Finanzmittel sind im aktuellen Entwurf für den Doppelhaushalt 2019/2020 darüber hinaus für die Umweltbildung im Spessart vorgesehen?

**Barbara Fuchs**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, ist ihr bekannt, ob es für die Städte Stein (90547), Cadolzburg (90556) bzw. Oberasbach (90522) einen Lärmaktionsplan gibt (§ 47e Abs. 1 Bundes-Immissionsschutzgesetz – BImSchG) und ob Kommunen, die keinen (ausreichenden) Lärmaktionsplan erstellen, sanktioniert werden?

**Thomas Gehring**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aufgrund mehrerer schwerer Unfallgeschehen an Bahnübergängen im Allgäu, frage ich die Staatsregierung, ob die Planungen für den Ausbau bzw. den Abbau der beschränkten und unbeschränkten Bahnübergänge im Allgäu beschleunigt werden und wenn ja, an welchen Bahnübergängen (unter Angabe der jeweiligen konkreten Priorisierung), sowie welche unterstützenden Maßnahmen der Freistaat Bayern ergreifen wird?

**Harald Güller**  
(SPD)

Nachdem der Staatsminister für Umwelt und Verbraucherschutz, Thorsten Glauber, in einem Schreiben an den Vorsitzenden des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen, Josef Zellmeier, vom 04.12.2018 (AZ 61g-U8605-2007/15-162) hinsichtlich der Situation bei den Planstellen an unteren Naturschutzbehörden feststellt, dass „die Naturschutzbehörden mittlerweile einen 'Flaschenhals' bilden, der die zügige Verfolgung wichtiger Ziele und Anliegen der Staatsregierung spürbar erschwert“ und dass „da im

gesamten Naturschutzvollzug eine Grundsatzzuständigkeit der unteren Naturschutzbehörden an den Landratsämtern besteht“, dies auf dieser Ebene besonders deutlich werde, frage ich die Staatsregierung, wie viele zusätzliche Stellen sie konkret an den unteren Naturschutzbehörden (aufgeschlüsselt nach den einzelnen Landratsämtern und kreisfreien Städten) für notwendig hält, um den Missstand zu beheben und an welchen Stellen konkret sie gegebenenfalls überlegt, die Grundsatzzuständigkeit der unteren Naturschutzbehörden zu verändern?

**Ludwig Hartmann**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Planstellen im Rahmen des Doppelhaushalts 2019/2020 im Bereich der Staatsministerien (TG 01) neu geschaffen werden sollen, wie hoch dieser Zuwachs prozentual zur gesamten Stellenzahl im jeweiligen Staatsministerium geplant ist und welche Begründung es jeweils für den Planstellenzuwachs (bitte für jedes Staatsministerium einzeln angeben) gibt?

**Christina Haubrich**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Vor dem Hintergrund, dass ab 2025 die Stationierung von 13 A400M-Maschinen auf dem Fliegerhorst Lagerlechfeld erfolgen soll, frage ich die Staatsregierung, in welchem Umfang diese Maschinen von dort starten bzw. landen sollen, welche Maßnahmen ergriffen werden, um die Belästigung der anliegenden Bewohnerinnen und Bewohner durch Fluglärm und Feinstaub zu verhindern und inwiefern es eine Neuordnung von Lärmschutzzonen und Flugkorridoren geben soll?

**Christian Hierneis**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Nachdem München bei der UEFA Europameisterschaft 2020 Austragungsort für vier Spiele sein wird und sich jetzt entschlossen hat, sich auch für das UEFA Champions League-Finale 2021 zu bewerben, frage ich die Staatsregierung, ob sie der bei beiden Ereignissen vorgesehenen Nutzung des im Eigentum des Freistaates Bayern stehenden Alten Botanischen Gartens als Fan-Meeting Point bereits zugestimmt hat (EM) bzw. zustimmen wird (CL), wenn ja, wie sie die Zustimmung trotz gravierender denkmalrechtlicher und naturschutzfachlicher Einwände begründet und ob als Alternative ökologisch unbedenkliche Standorte geprüft werden?

**Annette Karl**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, ab wann veröffentlicht das Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie Details zum angekündigten Gaststättenmodernisierungsprogramm, ab wann können Anträge gestellt und in welcher Höhe soll in den einzelnen Jahren 2019/2020 der entsprechende Haushaltstitel im Entwurf des Doppelhaushalts 2019/2020 ausgestattet werden?

**Paul Knoblach**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Nachdem die Landesanstalt für Landwirtschaft (LfL) plant, den Bereich der „Bayerischen Staatsgüter“ auszugliedern, frage ich die Staatsregierung, ob der Umstrukturierungsprozess der LfL vor der Beschlussfassung im Kabinett im Landtag vorgestellt wird und wenn ja, wann?

**Claudia Köhler**  
(BÜNDNIS 90/DIE

Ich frage die Staatsregierung, ob sie Kenntnis hat, wie viele geduldete Flüchtlinge zum 01.07.2018 in den Landkreisen Mün-

GRÜNEN)

chen, Rosenheim und Eichstätt jeweils in sozialversicherungs-  
pflichtigen Beschäftigungsverhältnissen angestellt waren, wie  
vielen von ihnen die Beendigung der Arbeitsgenehmigung in den  
letzten sechs Monaten angekündigt wurde und wie vielen davon  
anschließend Leistungen der Arbeitslosenversicherung zustehen?

**Andreas Krahl**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, ist ihr bekannt, wie viele Menschen  
aus dem Ausland derzeit schätzungsweise unangemeldet, also  
ohne Sozialversicherung und Arbeitsvertrag und damit ohne  
Rechtssicherheit im Bereich der häuslichen Betreuung pflegebe-  
dürftiger Menschen in Bayern arbeiten, und wie plant die Staats-  
regierung, sich beim Bund dafür einzusetzen, dass diese prekären  
Beschäftigungsverhältnisse zum Vorteil aller Beteiligten in legale  
Beschäftigungen überführt werden?

**Susanne Kurz**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Angesichts der Abschiebung eines gut integrierten Schülers an  
der Berufsschule zur Berufsintegration Balanstraße 288, Mün-  
chen, nach Afghanistan, wenige Monate vor Erlangung seines  
Mittelschulabschlusses und Beginn der von ihm angestrebten  
handwerklichen Ausbildung zum Kfz-Mechatroniker, frage ich  
die Staatsregierung, auf welcher Grundlage dieser Schüler drin-  
gend abgeschoben werden musste, wie die Staatsregierung die  
Ziele, Aufgaben und integrative Leistung der Schule bewertet und  
wie diese langfristig aufgestellt und gefördert werden soll, um  
diese Aufgaben wahrzunehmen?

**Jürgen Mistol**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie steht sie zur Ansiedlung eines  
Vollsortimenters im Außenbereich einschließlich der aktuellen  
Standortwahl trotz Standortalternativen in der Gemeinde Beratzs-  
hausen, wie bewertet die Staatsregierung die Einschätzung der  
zuständigen Fachbehörden (u. a. Regionaler Planungsverband  
Regensburg) zu diesem Projekt und wie nehmen Mitglieder der  
Staatsregierung Einfluss auf das geplante Bauprojekt?

**Hep Monatzeder**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche bayerischen Unternehmen  
haben an der Wirtschaftsdelegation im November 2016 nach  
Äthiopien teilgenommen, welche konkreten Projekte oder Investi-  
tionen durch bayerische Unternehmen sind seither erfolgt und wie  
hat sich das bilaterale Handelsvolumen (Export bzw. Import) zwi-  
schen Bayern und Äthiopien in 2018 im Vergleich zum Vorjah-  
reszeitraum entwickelt?

**Ruth Müller**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, an welche der bayerischen Land-  
ratsämter, die für ihre unteren Naturschutzbehörden (UNB) neue  
Planstellen beantragt haben, die acht angekündigten Planstellen  
wann vergeben werden und nach welchen Kriterien – wie bei-  
spielsweise der Berücksichtigung der Wartezeit?

**Doris Rauscher**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Räumungsklagen gab es  
bayernweit in den vergangenen zwei Jahren (bitte differenziert  
nach Regierungsbezirken angeben), wie viele dieser Räumungs-  
klagen wurden jeweils vollstreckt und welche Kenntnisse hat die  
Staatsregierung über die jeweiligen Gründe für die Räumungskla-  
ge, beispielsweise ausstehende Mieten oder Eigenbedarf?

**Markus Rinderspacher**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, plant sie eine bayerische Standortbewerbung im Rahmen der europäischen Initiative für Hochleistungs-Computer mit Blick auf die vom Europäischen Gemeinsamen Unternehmen für Hochleistungsrechner (EuroHPC) am 21.01.2019 und 15.02.2019 veröffentlichte Aufforderung zur Interessensbekundung, welche bayerischen Standorte kommen dafür infrage, welche Investitionen und Chancen wären mit einer Bewerbung verbunden?

**Florian Ritter**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, war den Behörden der von der extrem rechten Gruppierung „Wodans Erben Germanien“ im Februar 2019 in Nürnberg durchgeführte Fackelmarsch mit Betreten der Steintribüne auf dem „Reichsparteitagsgelände“ im Vorfeld bekannt; unter welchen Umständen fand die im Video – veröffentlicht am 24.02.2019 auf dem Youtube-Kanal „Patrioten TV Nürnberg“ unter <https://youtu.be/aEHgFvybTlo> – angesprochene Kontrolle durch die Polizei statt und warum wurde der Fackelmarsch nicht unterbunden?

**Berthold Rüth**  
(CSU)

Nachdem im Rotwildgebiet Odenwald laut Abschussplan „Rotwild“ in der letzten Jagdsaison 123 Stück Rotwild im bayerischen Odenwald geschossen werden sollten, das Ist allerdings bei rund 75 geschossenen Tieren lag, frage ich die Staatsregierung, welche Möglichkeiten die Untere Jagdbehörde (Landratsamt Miltenberg) hat, um auf die Erreichung des Abschussplans hinzuwirken?

**Julika Sandt**  
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, wie werden Kinder und Jugendliche – insbesondere auch wenn sie länger als drei Monate dort untergebracht sind – unter Berücksichtigung der UN-Kinderrechtskonvention in den ANKER-Zentren des Freistaates Bayern beschult und welche frühkindlichen Bildungsangebote durch professionelle Fachkräfte erhalten Kinder in ANKER-Zentren und wie wird Kindern und Jugendlichen hier bei der Traumabewältigung geholfen?

**Toni Schuberl**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Insassen, bzw. Patienten im Strafvollzug, Maßregelvollzug oder in der Sicherungsverwahrung haben in den letzten zehn Jahren durch Lockerungsmaßnahmen Freigang erhalten (bitte für ganz Bayern nach Ort, Jahr und Einrichtung aufschlüsseln und dabei insb. Einrichtungen in Straubing berücksichtigen) und zu welchen Zwischenfällen oder Straftaten ist es während dieser Freigänge gekommen?

**Stephanie Schuhknecht**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aufgrund der aktuellen Diskussion um ein neues Artenschutzzentrum des Freistaates in Augsburg frage ich die Staatsregierung, wie die konzeptionelle Ausgestaltung (Schwerpunktaufgabe, Mitarbeiterzahl, Standort) des Artenschutzzentrums aus Sicht des Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz (StMUV) aussehen soll, welche Bereiche der ursprünglichen Konzeption durch die in der Presse kommunizierte Halbierung der Stellenzahl wegfallen und wie das StMUV gewährleistet, dass die wissenschaftliche Kompetenz des Landesamts für Umwelt und die kommunalpolitische Kompetenz der Stadt Augsburg mit ihren

bedeutenden Naturschutzflächen beim Thema „Artenschutz“ sichergestellt wird?

**Stefan Schuster**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Stellen gibt es bei der Kriminalpolizei in Bayern in der 3. Qualifikationsebene (QE), wie verteilen sich diese Stellen auf die Besoldungsgruppen (BesGr) A 9, A 11, A 12, A 13 und A 14 und wie viele Beamtinnen und Beamte bei der Kriminalpolizei in Bayern erfüllen die Beförderungsvoraussetzungen von BesGr A 11 nach BesGr A 12?

**Gisela Sengl**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Aufgaben und Befugnisse hat der bayerische Fluglärmbeauftragte für bayerische Flughäfen und grenznahe Flughäfen, wie z. B. Salzburg, und wie sind diese gesetzlich fixiert, wie viele Beschwerden wurden in den Jahren 2016, 2017 und 2018 bearbeitet, aufgeschlüsselt nach Regierungsbezirken?

**Florian Siekmann**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Flugbewegungen fanden im Jahr 2017 am Hubschrauberlandeplatz am Klinikum Großhadern München statt, wie viele davon entfielen auf Tag- bzw. Nachtflüge (22.00 Uhr bis 06.00 Uhr) und wie viele davon entfielen auf Eigen- bzw. Fremdhubschrauber?

**Ursula Sowa**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Summe hat die staatliche Wohnungsbaugesellschaft Stadibau GmbH in den letzten zehn Jahren in Oberfranken investiert, wie viele Wohneinheiten wurden geschaffen und welche Investitionen sind für die Zukunft geplant?

**Rosi Steinberger**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie entwickelte sich die Anzahl der landwirtschaftlichen Betriebe in Bayern von 1980 bis heute unter Berücksichtigung der Vollerwerbs- bzw. Nebenerwerbsbetriebe?

**Dr. Simone Strohmayer**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Verwaltungsangestellte an Bayerns Schulen haben befristete Verträge (bitte in absoluten und Prozentzahlen angeben) und ab welchem Zeitpunkt wird eine Vertretung bei Erkrankung einer bzw. eines Verwaltungsangestellten ermöglicht?

**Martin Stümpfig**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, warum wurde die in den letzten Jahren regelmäßig in Auftrag gegebene Prognose über die aktuellen Zahlen zur Energieversorgung in Bayern, die vom Leipziger Institut für Energie GmbH jährlich erstellt wurde, 2018 nicht in Auftrag gegeben, oder wurde sie nur nicht veröffentlicht, und wie stellt sich die Staatsregierung vor, einen aktuellen Überblick über den Stand der Energiewende zu bekommen, wenn im Februar 2019 noch nicht einmal Prognosen für 2017 vorliegen?

**Arif Taşdelen**  
(SPD)

Im Hinblick auf den am 21.02.2018 veröffentlichten Beschluss des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) vom 29.01.2019 (Az.: 2 BvC 62/14), wonach § 13 Nr. 2 Bundeswahlgesetz (BWahlG) mit Art. 38 Abs. 1 Satz 1 und Art. 3 Abs. 3 Satz 2 Grundgesetz (GG) unvereinbar und § 13 Nr. 3 BWahlG mit Art. 38 Abs. 1 Satz 1 und Art. 3 Abs. 3 Satz 2 GG unvereinbar und nichtig ist, frage ich die Staatsregierung, wann sie dem Landtag einen Gesetzentwurf

zur Änderung des Landeswahlgesetzes (LWG) und des Gemeinde- und Landkreiswahlgesetzes (GLKrWG) zuleitet, mit dem Ziel der Aufhebung der gleichlautenden Stimm- bzw. Wahlrechtsausschlüsse des Art. 2 Nr. 2 und 3 LWG und Art. 2 Nr. 2 und 3 GLKrWG?

**Anna Toman**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Lehrkräfte bzw. Vollzeitkapazitäten standen zum Schuljahresbeginn 2018/2019 für den Einsatz in der Mobilen Reserve an den Grund- und Mittelschulen (bitte getrennt auflisten) zur Verfügung, wie hoch wurde der Ersatzbedarf zum Februar 2019 gemeldet und für welche Vertretungsfälle werden die Lehrkräfte aus der Mobilen Reserve hauptsächlich eingesetzt?

**Gabriele Triebel**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, ob an allen Schularten in Bayern das 10-Finger-Tastensystem für alle Schülerinnen und Schüler verpflichtend unterrichtet wird, in welchem Umfang dies in der jeweiligen Klassenstufe von der Schule einzuplanen ist und wie die Lehrkräfte für die Aufgabe geschult werden?

**Ruth Waldmann**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Förderrichtlinien hat das 2018 vom Ministerrat beschlossene Pflegepaket hinsichtlich der zugesagten staatlichen Förderung für stationäre Pflegeplätze und Kurzzeitpflegeplätze, ab wann können Anträge gestellt werden und wie ist die Abwicklung geregelt?

**Margit Wild**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele zusätzliche Lehrerstunden erhielten diejenigen Schulen, die sich am laufenden Modellversuch „Flexible Grundschule“ beteiligt haben und ist die Zuteilung vom Beginn bis heute gleich geblieben?

**Benno Zierer**  
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, wird das neue Verfahren zur Kategorisierung von Wirbelschleppen-Mindestabständen im Flugverkehr (RECAT-EU), das die Deutsche Flugsicherung am Flughafen Leipzig/Halle erfolgreich erprobt hat, auch am Flughafen München zur Anwendung kommen und wenn ja, welche Auswirkungen sind durch dieses Verfahren auf die Kapazität des Bahnsystems am Flughafen München zu erwarten?

**Christian Zwanziger**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Bezugnehmend auf die vom Landtag in der letzten Legislaturperiode beschlossenen Anträge zum Flächensparen (Drs. 17/20450 und 17/22019) frage ich die Staatsregierung, welche Haushaltsmittel wurden im aktuellen Regierungsentwurf des Doppelhaushalts 2019/2020 für die in den Anträgen aufgelisteten bzw. geforderten Initiativen angesetzt (bitte einzeln auflisten), und welche Mittel in welcher Höhe wurden im vergangenen Haushalt für Anreize zum Flächensparen ausgeschüttet (bitte einzeln auflisten)?